

Himmlers langer Schatten: Die ungesühnten deutschen Verbrechen in Slowenien 1941 - 1945 und ihre Opfer

(K)ein Grund zum Feiern

Wenn ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, ist dies eigentlich immer ein Grund zum Feiern. Etwas anders sieht es aus, wenn sich seine Mitglieder zur Durchsetzung ihrer historisch begründeten Ansprüche auf Entschädigung eines völkerrechtlichen Verbrechens zusammengetan haben und die Fortexistenz ihres Vereins primär davon zeugt, dass ihr zentrales Anliegen bis heute ungehört geblieben ist. Einen weiteren unerfreulichen Aspekt bildet die Tatsache, dass sie mehrheitlich über 80 Jahre alt sind und allein deshalb keinen Wert auf weitere Jahrestage ihrer Organisation legen können.

Dennoch begeht am 15.09.2007 die Zdrúženje Źrtev Okupatorjev 1941 - 1945 (Vereinigung der Okkupationsopfer 1941 - 1945, kurz ZZO) im slowenischen Kranj (Krain) mit berechtigtem Stolz und in würdigem Rahmen ihr zehnjähriges Jubiläum. Es ist eine Feier der eigenen Hartnäckigkeit und Energie, mit der es gelungen ist, das Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzungspolitik in Slowenien wach zu halten und in mühsamer Kleinarbeit das Wissen über ihre Leiden auch hierzulande zu verbreiten.

Die historischen Tatsachen

„Im Namen des Führers!“ - Diese Worte, mit denen ein deutscher Polizist am 28.10.1941 der slowenischen Familie Kunej eröffnete, dass sie in zwei Stunden ihr Haus räumen musste, klingen dem Sohn Alojz noch heute in den Ohren. Die Fassungslosen wurden zum Bahnhof des Durchgangslagers Reichenburg (Brestanica) getrieben, von wo man sie nach Deutschland abtransportierte. Alojz Kunejs Erinnerungen an die Szenerie werden



Einfahrt zum Durchgangslager Reichenburg
(Foto: ZZO)

dominiert von der meterlangen blutroten Hakenkreuzfahne, die hoch oben auf der Burg flatterte.

Seit dem Überfall auf das neutrale Jugoslawien am 06.04.1941 und der Annexion der als Untersteiermark und Oberkrain bezeichneten Landesteile mit etwa 800.000 Bewohnern waren bis Ende September bereits 18.000 „rassisch minderwertige“ Slowenen über die neue Südgrenze des „Großdeutschen Reiches“ nach Kroatien, Serbien und Bosnien abgeschoben worden. Parallel hierzu lief die Vernichtung der slowenischen Elite, die in Gefängnissen oder Konzentrationslagern inhaftiert und ermordet wurde. Erklärtes Ziel dieser Gewaltmaßnahmen war die Auslöschung der slowenischen Nation und die ethnische Säuberung ihres Siedlungsgebiets.

Verantwortlich für die Durchführung zeichnete Heinrich Himmler als „Reichskommissar für Festigung deutschen Volkstums“, seine Gehilfen saßen im Reichssicherheitshauptamt in Berlin, was dem dortigen Abteilungsleiter Adolf Eichmann die Möglichkeit gab, Slowenien zum Experimentierfeld für die im Spätherbst 1941 beginnende „Endlösung der Judenfrage“ zu machen. Vor Ort konnte das Zusammenspiel von Zivilverwaltung, Sicherheitspolizei und Wehrmacht bei den Deportationen getestet werden.

Nachdem bewaffneter Widerstand zwischenzeitlich zu einem Stopp der Verschleppungen geführt hatte, dekretierte Himmler im September 1941 deren Fortsetzung. Als unmittelbarer Grenzbereich geriet der Landstrich zwischen den Flüssen Save und Sotla in den Fokus der Rassenplaner, der „umgevolkt“ werden sollte: Die am 18.10.1941 erlassene Anordnung über den zwangsweisen Massenexodus sah die „Absiedlung“ aller Slowenen nach Deutschland und ihren Ersatz durch Volksdeutsche vor. „Unruhestifter und Hetzer“ waren dabei „schnellstens ... in besondere Arbeitslager des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zu überführen“. Bei den Deportationen aus dem so genannten „Save-Sotla-Streifen“ zwischen Oktober 1941 und Juli 1942 wurden in 62 Transporten rund 36.000 Slowenen u.a. nach Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg verschleppt.

Diese menschenverachtende Politik ließ die Partisanenbewegung in Oberkrain und der Untersteiermark weiter erstarken, worauf die deutschen Besatzer mit gesteigerter Brutalität reagierten: Von Juli bis September 1942 wüteten Einheiten der SS, des Sicherheitsdienstes und der Polizei gegen die Zivilbevölkerung. Zahlreiche Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, Hunderte Geiseln erschossen. Präventiv wirken sollte das in Himmlers Auftrag gestartete „Unternehmen Enzian“ mit der willkürlichen Verhaftung Verdächtiger, Trennung von Eltern und Kindern, KZ-Haft oder Hinrichtung der Erwachsenen und „Eindeutschung“ der Waisen. Bis zu seiner Einstellung im Juli 1943 gelangten zahllose Transporte mit geraubten

Kindern ins Reichsgebiet, wie der von 430 minderjährigen Slowenen, der am 10.08.1942 in Frohnleiten (Steiermark) ankam und in einem amtlichen Bericht so beschrieben wurde: „Die hungrigen, matten, schmutzigen, teils mit vollen Hosen, halbnackten Kinder ... schrieten und weinten und deutsche DRK-Helferinnen mussten diesen Jammerzug begleiten.“ Der Leidensweg der Kinder und Jugendlichen endete, koordiniert von der „Einsatzführung der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi)“ in Bayreuth, u.a. in den bayerischen VoMi-Heimen in Coburg, Seligenporten, Kastl bei Amberg, Markt Eisenstein und Metten-Himmelberg.

Die Bilanz der deutschen Herrschaft in Slowenien waren 16.180 Todesopfer und 160.000 Verschleppte oder Flüchtlinge, was 2 bzw. 20 % der Einwohner des besetzten Gebiets entsprach. Nach seriösen Schätzungen wurden durch den Krieg 50 % des slowenischen Volksvermögens vernichtet. Die Überlebenden fanden bei ihrer Rückkehr ein geschundenes und verwüstetes Land vor und mussten ohne fremde Hilfe ihr Leben neu aufbauen.



Frauen und Kinder aus der Gegend von Kamnik werden aus ihren von den Nazis niedergebrannten Dörfern verschleppt, März 1942
(Foto: ZZO)

Der Kampf um Gerechtigkeit

Seit ihrer Gründung im Jahre 1997 bemüht sich die 1500 Mitglieder starke ZZO in Kranj um Anerkennung und Entschädigung der Betroffenen. Trotz Aktivitäten auf allen politischen und juristischen Ebenen gelang es ihr nicht, Einfluss auf das im Jahre 2000 vom Bundestag verabschiedete Stiftungsgesetz zu nehmen, sodass von den 35.000 noch lebenden slowenischen NS-Opfern insgesamt nur etwa 9400 Leistungen erhalten haben, die in KZ-Haft und Zwangsarbeit waren oder als Kinder ihren Eltern geraubt wurden. Der rassistische Terror wird von der Bundesrepublik nicht als Anspruchsberechtigung anerkannt. Sie verweist auf Zahlungen (ohne Zweckbindung) an Jugoslawien in den 1950er und 1970er Jahren und großzügig gewährte

Kredite. Ansonsten vertritt man den Standpunkt, dass völkerrechtlich kein Schadensersatzanspruch von Individuen gegen einen Krieg führenden Staat besteht. Nicht berücksichtigt wird bei dieser Argumentation, dass die Untaten in Slowenien rassistisch motivierte Verbrechen innerhalb des Reichsgebiets und damit keine Kriegshandlungen waren. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist, dass die Ansprüche ehemaliger slowenischer Wehrmatsangehöriger bzw. ihrer Hinterbliebenen unumstritten sind. Sie erhalten aus Deutschland eine Rente.

Am 07.07.2006 richtete die Bundestagsfraktion „Die Linke“ eine Anfrage an die Regierung, durch die sie u.a. in Erfahrung bringen wollte, wie hoch diese die Zahl der Slowenen einschätzt, „die im Rahmen der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik ‚aus-‘, und ‚abgesiedelt‘ worden waren und die bislang keine Entschädigungszahlen erhalten haben“. In seiner am 21. August verfassten Antwort konstatiert das mit der Stellungnahme beauftragte Finanzministerium lapidar: „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.“ Ansonsten sehe sie „keinen Handlungsbedarf“ in Sachen Entschädigung der slowenischen NS-Opfer und betrachte „die Angelegenheit als abgeschlossen“.

Die Rechtsnachfolger des Unrechtsregimes bestimmen also einseitig bzw. unter Verweis auf ihre Unkenntnis der Sachlage den Verlauf des Schlussstrichs, ab dem sie mit den Untaten ihrer Väter und Großväter nicht mehr behelligt werden wollen. Ein unglaublicher Vorgang, der bei den Betroffenen den nicht abwegigen Eindruck hinterlässt, als Angehörige einer kleinen europäischen Nation wieder ein lästiger Störfaktor der deutschen Politik zu sein, dessen Ausschaltung angesichts ihres Alters allerdings nur noch eine Frage der Zeit ist.

Aber auch in ihrer Heimat und auf den Foren der Europäischen Union findet die ZZO mit ihrem Anliegen der Anerkennung der Überlebenden als rassistisch Verfolgten mit einem individuellen Recht auf Entschädigung keine Unterstützung. Das politische und wirtschaftliche Musterland Slowenien scheut den Konflikt mit dem größten Mitglied der Staatengemeinschaft, um seine weitergehenden Ambitionen, z.B. den Beitritt zur Währungsunion, nicht zu gefährden. Im Mai 2007 lehnte das EU-Parlament die Behandlung der Angelegenheit ab. Bereits im Dezember 2005 hatte sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg für nicht zuständig erklärt. Was brächte einem Politiker ein Engagement für die Ansprüche von 1500 slowenischen Senioren ein, was einem Richter deren objektive juristische Bewertung, zumal wenn die Öffentlichkeit davon keine Notiz nimmt? Solche Gedankengänge sind ebenso verständlich wie der Verdruss der Bürger(innen) über ihre Vertreter und die Gremien, die sie bilden.

Erfolge in der Bildungsarbeit, aber noch ein langer Weg zu gehen

Trotz der kafkaesken Situation, einerseits unbestreitbar Opfer eines brutalen Verbrechens geworden zu sein, was andererseits heute an entscheidender Stelle niemand mehr zu interessieren scheint, hat die ZZO insbesondere bei der Aufklärung über die geschichtliche Wahrheit auch wesentliche Erfolge zu verzeichnen: Am 26.11.2003 veranstaltete sie in Nürnberg erstmals auf deutschem Boden in Zusammenarbeit mit städtischen Stellen ein Symposium zu den Vorgängen 1941 - 1945 in Slowenien und ihren Nachwirkungen - zu dem keiner der eingeladenen Vertreter von Bundestag, Bundesregierung oder den zuständigen Bundesministerien erschien. Angesichts eines solchen Verhaltens drängt sich wieder eine Frage auf: Weshalb wird der ZZO sogar der immer wieder angebotene unmittelbare Dialog verweigert, wenn man sich seiner Sache juristisch (und moralisch) so sicher ist?



Deportierte Slowenen im Lager Zinnwald in Sachsen

(Foto: ZZO)

Das aus der Nürnberger Tagung hervorgegangene, 2005 erschienene Buch (s.u.) ist ebenso ein Beitrag zur Verbreitung des Wissens über die historischen Tatsachen wie eine von der ZZO konzipierte deutschsprachige Wanderausstellung oder die am 15. und 16.05.2007 in Wernigerode (Harz) unter dem Titel „Damit es nicht in Vergessenheit gerät“ stattgefundenen Veranstaltungen unter Teilnahme von ehemaligen slowenischen Deportierten.

Damit bei solchen Aktionen nicht der bittere Nachgeschmack der unzeitigen Historisierung oder Musealisierung menschlichen Leids bleibt, muss bei den Slowenen wie bei anderen Opfergruppen des NS-Staats zunächst die vorbehaltlose Anerkennung als solche stehen. Erst wenn dies geschieht und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine individuelle Entschädigung gezogen werden - auch derer, die ohne KZ-Haft oder Zwangsarbeit ‚nur‘ aus ihrer Heimat verschleppt wurden - ist nach mehr als sechzig Jahren der Weg zu einer echten Versöhnung frei.

Gerhard Jochem

Kontaktadresse Vereinigung der Okkupationsopfer 1941 - 1945 Krain

Združenje Žrtev Okupatorjev 1941 - 1945 Kranj
Slovenski trg 1
4000 Kranj, pp. 12
Slovenija
Tel. / Fax: ++ 386-4-2373-553
E-Mail: zzokranj[at]siol.net

Literatur

Gerhard Jochem, Georg Seiderer (Hg.): Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941 - 1945. Herausgegeben im Auftrag des Stadtarchivs und der Stiftung „Nürnberg - Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ in Zusammenarbeit mit der Slowenischen Vereinigung der Okkupationsopfer 1941 - 1945. Berlin 2005, 348 S., ISBN 3-936411-65-4.

[Index*](#)

[Home*](#)